

# Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierjährl. M. 1.50 einschließlich  
des „Illustrierten Unterhaltungsblatts“ und der  
humoristischen Beilage „Seltzenblatt“ in der  
Expedition, bei unseren Börsen sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Teil.-Abo.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.  
Anzeigenpreis: die leinwandige Seite 12  
Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene  
Seite 30 Pfennige.

Sternsprecher Nr. 210.

M 31.

61. Jahrgang.  
Freitag, den 27. März

1914.

## Brandversicherungsbeiträge.

Am 1. April dieses Jahres ist der 1. Termin der Landesbrandversicherungsbeiträge fällig. Er ist mit 1½ Pfennig für eine Einheit zu erheben. Zu seiner Bezahlung ist nach der Dienstanweisung zum Gesetz vom 1. Juli 1910 eine Frist bis zum 15. April dieses Jahres zugelassen. Hierauf hat sofort das kostenpflichtige Mahn- bez. Zwangsvollstreckungsverfahren einzutreten, da für die Abrechnung mit der Landesbrandversicherungsanstalt nur eine Frist bis Ende April gegeben ist.

Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß nach dem Reichstempelgesetz vom 3. Juli 1913 auch die Brandversicherungen einer Stempelabgabe unterliegen und diese mit dem diesjährigen 1. Termin Brandversicherungsbeiträge erstmals zu erheben ist. Die Stempelabgabe beträgt für unbewegliche Gegenstände 5 Pfennige und für bewegliche Gegenstände 15 Pfennige für das Jahr und für jedes angefangene Tausend der Versicherungssumme.

Stadtrat Eibenstock, den 25. März 1914.

## Schülerarbeiten-Ausstellung

der Zweigabteilung der Kgl. Kunsthalle für Textilindustrie.

Zur Besichtigung der diesjährigen Schülerarbeiten-Ausstellung sowie zu der am Dienstag, den 31. März vorm. 11 Uhr stattfindenden Schüler-Entlassfeier wird ergebnis eingeladen.

Geöffnet ist die Ausstellung:

Sonntag, den 29. März vorm. 11—1 Uhr, nachm. 2—4 Uhr  
Montag, den 30. . . . . 11—1 . . . . 2—4 . . .  
Dienstag, den 31. . . . . 11—1 . . . . 2—4 . . .

Eibenstock, den 26. März 1914.

**Die Direktion.**

## Gewerbeschule zu Eibenstock.

Einladung zum Besuch der Oberprüfungen und feierlichen Entlassung der ab-

## Ein Schädling des Liberalismus.

Recht treffende Worte findet die „Sächsische Nationalliberalen Korrespondenz“ gegenüber dem „Berliner Tageblatt“ und dessen Stellungnahme zur Stichwahl im 14. sächsischen Wahlkreise, Worte durch die der sächsische Liberalismus seine nationalen Gefühle angenehm betont. Es heißt in dem betreffenden Artikel:

In der Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ vom Montag, den 23. März, stand eine Notiz über die Stichwahl in Borna-Begau zu lesen, in der die Erwartung ausgesprochen wurde,

„daß die Fortschrittliter auf Grund des Abkommens mit den Nationalliberalen bei der Stichwahl in Borna-Begau einmütig gegen Liebert stimmen werden. Leider ist man in Leipzig, ebenso wie in Dresden, nicht in der Lage, eine dahingehende offizielle Parole für die Stichwahl im benachbarten Wahlkreise auszugeben, da man dafür nicht zuständig ist.“

Nur die letzte Bemerkung ist von all dem richtig. Aus sachgemäßen Gründen kann die fortschrittliche Volkspartei keine offizielle Wahlparole für Borna-Begau ausgeben. Das „Berliner Tageblatt“ hat, in konsequenter Schädigung der Interessen des Gesamtliberalismus, sofort nach der Hauptwahl Stimmung für den Sozialdemokraten gemacht. In der Fortschrittlichen Volkspartei Sachsen aber lehnt man es durchaus ab, die Verantwortung für alles zu übernehmen, was im „Berl. Tageblatt“ über sächsische Dinge geschrieben wird. Kein sächsisches fortschrittliches Blatt hat bis jetzt eine Parole für den Sozialdemokraten ausgegeben. Die Ausschlüsse der fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Günther und Brodau sind auch wahrlich nicht in diesem Sinne zu verstehen. Der letztere, um nur eins zu erwähnen, schrieb der „Chemnitz Allgemeinen Zeitung“:

„Ich bin überzeugt, daß meine Parteifreunde in der Stichwahl auch ohne Parole Herrn v. Liebert als das kleinere Nebel wählen werden.“

Für die Nationalliberalen hat es nie ein Schwanen gegeben. Ihr in der Hauptwahl leider ausgefallener Kandidat, der Landtagsabgeordnete Ritschke-Deutsch, die nationalliberale Organisation im Reichstagwahlkreis selbst, der Vorstand des Nationalliberalen Landes-Vereins haben übereinstimmend Parole für den bürgerlichen Kandidaten Herrn von Liebert ausgegeben. Wir sind überzeugt, daß diese auch befolgt werden wird; so sehr die Kampfsweise der Parteien der Rechten und gewisse Neuerungen des Herrn von Liebert unsere Freunde auch verlebt haben mögen.

Jenes im „Berliner Tageblatt“ angeführte Abkommen zwischen den Nationalliberalen und den Fortschritten hat mit der Reichstagswahl in Borna-Begau überhaupt nichts zu tun. Das weiß nachgerade

jedes politische Kind nicht nur in Sachsen; ausgenommen, versteht sich, daß „Berliner Tageblatt“. Jenes angestrebte Abkommen bezichtigt sich nur auf die sächsischen Landtagswahlen von 1915. Es soll insbesondere — wie in der in derselben Ausgabe des „Berliner Tageblattes“ abgedruckten Resolution des nationalliberalen Vertretertages ausgesprochen ist — die Sozialdemokratie zurückdrängen. Es soll den Liberalismus vorwärts bringen in Sachsen. Das wird auch gelingen, trotz der fortwährenden Quertreibereien des „Berliner Tageblattes.“

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Erkrankung des Prinzen Adalbert von Preußen. Wie die „Kielser Neuesten Nachr.“ melden, ist Prinz Adalbert von Preußen an akutem Magen- und Darmfieber erkrankt. Prinz Adalbert wurde von der „Kölner“ ausgeschifft und ist in die Prinzenvilla in Kiel übergesiedelt.

Die Arbeitergroschen. Die vielerörterte Frage nach dem Verbleib der sozialdemokratischen Arbeitergroschen ist soeben in Köln Gegenstand gerichtlicher Feststellung gewesen. In einem Beleidigungsgespräch des Generalsekretärs P. Steller-Köln gegen die sozialdemokratische „Rhein. Ztg.“ unterbreitete der eidlich vernommenen Sachverständige dem Gericht eine Aufführung über die Finanzbeharrung der Kölner „Freien“ Gewerkschaften. Daraus ergab sich: Einnahmen: 1 177 784 M.; darunter an Leistungen der Mitglieder: 8715,35 Mark Aufnahmegebühren, 888 566,40 Mark Beiträge der Mitglieder, 55 681,35 M. Extrabeiträge der Mitglieder, macht also zusammen 992 963 M. Beiträge der Mitglieder. Die Mitglieder erhielten an Unterstützung 326 956 Mark, für „Verwaltung“ wurden 242 107 M. (!) gebraucht und zur „Überweisung an die Hauptklassen“ dienten 418 857 M. Daraus folgte das Gericht die völlige Richtigkeit der vom Kläger aufgestellten, von dem sozialdemokratischen Blatt aber als Verleumdung bezeichneten Behauptung, daß die Kölner Gewerkschaftsmitglieder nur etwa ein Drittel ihrer Beiträge in Form von Unterstützungen usw. wiedersähen! Und anderwärts ist's nicht viel besser!

### Deutsche Kolonien.

Eine Untersuchungskommission nach dem schwarzen Erdteil. Zur Untersuchung der bei den Verhandlungen des Reichstages zum Kamerunstat debattierten angeblichen Mißgriffe der Schutzgebietsschöhrden bei der Durchführung der Trennung der Eingeboreneniedersiedlungen von der Europäerstadt

Duala setzte der Staatssekretär Solf eine Kommission ein, die sich Anfang April nach Kamerun begibt. Die Kommission steht unter der Leitung des Unterstaatssekretärs im Reichskolonialamt Conze; außerdem gehört ihr der Regierungsrat Boltmann an. Conze besucht auch das Schutzgebiet Togo, außerdem Lagos.

### Italien.

Die Kaiserstage in Venedig. Bei strömenden Regen ist Mittwoch früh der König von Italien in Venedig eingetroffen und hat sich in den Königs-palast begeben. Ferner ist, wie aus Tarvis gemeldet wird, König Friedrich August von Sachsen unter dem Inkognito eines Grafen Altenburg zu mehrtägigem Aufenthalt nach Venedig abgereist, wahrscheinlich, um Kaiser Wilhelm einen Besuch abzustatten. König Konstantin von Griechenland wird zum griechischen Rationalfest, dem 7. Mai, von Korfu nach Athen zurückkehren, am Abend desselben Tages aber in Begleitung des Ministerpräsidenten Venizelos wieder nach Korfu reisen, wo am 9. Mai Herr von Bethmann Hollweg eintreffen wird. Der griechische Minister des Äußern Dr. Streit wird sich später ebenfalls nach Korfu geben.

### England.

Rücktritt des englischen Kriegsministers. Infolge der Disziplinschwierigkeiten der Offiziere der irischen Regimenter hat sich der englische Kriegsminister Oberst Seely bewogen gefühlt, seinen Abschied einzurichten. Oberst Seely war seit 1912 Staatssekretär des Krieges. Er steht im 46. Lebensjahr und war bereits im Jahre 1908 Unterstaatssekretär der Kolonien geworden. Im Jahre 1911 wurde er Unterstaatssekretär im Kriegsministerium. Er hat den Feldzug in Südafrika mitgemacht und galt als einer der fähigsten liberalen Führer. — Premierminister Asquith bat nach Schluss des Kabinettssatzes dem Staatssekretär des Krieges, Oberst Seely, mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, sein Demissionsgesuch anzunehmen. Er hoffte, daß Oberst Seely nicht darauf bestehen werde, aus dem Kabinett auszutreten.

Zur Ulsterfrage. Mittwoch vormittag wurde der Text der Dokumente betr. die Abschiedsgesuche der Ulsteroffiziere offiziell bekanntgegeben. Die Korrespondenz zwischen den Offizieren der irischen Kommandos und dem Kriegsministerium widelte sich wie folgt ab: Alle Offiziere des 5. Lancashire Regiments reichten außer zweien am 20. März ihr Abschiedsgesuch ein. General Baget sandte einen Bericht mit der Mitteilung, daß er ein gleiches Vorgehen der Offiziere im 16. Lancashire Regiment fürchte, ferner der Brigadegeneral und 75 Offiziere der 3. Kavalleriebrigade es vorzogen, eher auszutreten als nach Ulster zu marschieren.